



Pro Arbeit e.V. • Rosstr. 9-13 • 52064 Aachen

Bundesministerium der Finanzen
Herrn Dr. Jörg Kukies
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
Postanschrift: 11016 Berlin

Pro Arbeit e.V.

Verein zur Förderung der sozialen
und beruflichen Integration

Dachverband für Bildung,
Qualifizierung und Beschäftigung
in der StädteRegion Aachen

Rosstr. 9-13
52064 Aachen

Telefon 0241 9127 807

Mobil 0177 513 3839

Mail info@pro-arbeit-aachen.de

Internet www.pro-arbeit-aachen.de

Aachen, den 12.11.2024

Betreff: Dringender Appell zur Rücknahme der Kürzungspläne

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister Dr. Kukies,

aufgrund der für alle unsicheren und herausfordernden Lage wendet sich Pro Arbeit e.V., Beschäftigungsträger Dachverband aus der StädteRegion Aachen, mit einer wichtigen Aufforderung an Sie.

Wir möchten eindringlich darauf aufmerksam machen, dass die geplanten Kürzungen von Bundesmitteln bei den Jobcentern zu massivem Abbau von Qualifizierungs- und Beschäftigungschancen für langzeitarbeitslose Menschen führt, die StädteRegion Aachen vor massive soziale Herausforderungen stellt und die sozialen Beschäftigungsträger existenziell gefährdet.

Pro Arbeit appelliert an Sie, Herr Bundesfinanzminister, die anstehende Haushaltswoche zu nutzen, die Kürzungspläne zurückzunehmen. Nur so kann die zukünftige finanzielle Sicherheit unserer Maßnahmen für die Menschen gewährleistet und die regionalen Trägerstrukturen gesichert werden.

Es geht dabei nicht nur um eine zeitgerechte Mittelverteilung, sondern vor allem darum, zu verhindern, dass unsere tragfähigen regionalen Strukturen durch eine unzureichende Entscheidungsgrundlage für immer zerstört werden.

Zahlreiche Projekte und Arbeitsplätze sind auf eine verlässliche und rechtzeitige Finanzierung angewiesen. Gerade für die Aufrechterhaltung unserer sozialen und wirtschaftlichen Netzwerke ist eine klare, vollständige Haushaltsbeschlussfassung unumgänglich.

Unsere Zusammenarbeit mit den Jobcentern ist seit Jahren erfolgreich für die erwerbslosen Menschen, doch schon jetzt werden angesichts von Kürzungen Maßnahmeplätze gestrichen, laufen erfolgreiche Projekte aus oder werden nicht verlängert. Beratungen finden nur noch reduziert statt. Bei den angedrohten weiteren Kürzungen wird das Jobcenter die Finanzierung weiterer Maßnahmen einschränken.

Ist es wirklich im Sinne eines Sozialstaates, all diese Menschen mit beruflichem und berufsvorbereitenden Förderbedarf auf der Strecke zu lassen, wichtige Dienstleistungen dieser Menschen für die Region zu beenden und Trägerstrukturen zu zerschlagen?

In diesem Sinne fordern wir Sie auf, sich für eine zügige und verbindliche Entscheidung einzusetzen, um Planungssicherheit zu gewährleisten und den sozialen Scherbenhaufen nicht noch zu vergrößern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung in dieser wichtigen Angelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christina Herrmann
Vorsitzende